

Öffentliches Gelöbnis – Kritische Öffentlichkeit

Gegen die Kritik an öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr wird häufig eingewandt, die Armee eines demokratischen Staates dürfe nicht in die Kasernen verbannt werden – auch, weil gerade eine Abschottung der Armee von der Öffentlichkeit die Bildung eines „Staates im Staate“ befördern könnte. Die Bundeswehr sei aber eine Parlamentsarmee, die Soldaten Staatsbürger in Uniform, die gemäß den Prinzipien der „inneren Führung“ nicht zu Kadavergehorsam erzogen werden, sondern gehalten sind, Befehle daraufhin zu überprüfen, ob sie im Einklang mit Verfassung und Völkerrecht stehen. Als Teil der demokratisch verfassten Gesellschaft müsse die Bundeswehr auch die Möglichkeit haben, Gelöbnisse öffentlich abzuhalten.

Eine solche Ansicht, die auch von manchen ver.di-Mitgliedern vertreten wird, ist – auch wenn man sich ihr nicht anschließen will – in einer Demokratie natürlich zu respektieren. Allerdings muss, wer eine solche Meinung vertritt, ebenfalls akzeptieren, dass Kritiker öffentlicher militärischer Zeremonien ihre Kritik nicht in Hinterzimmern pflegen – sondern, zum Beispiel anlässlich eines Bundeswehrgelöbnisses – in die Öffentlichkeit tragen. Die Nutzung des öffentlichen Raums darf für die Kritiker öffentlicher Gelöbnisse nicht eingeschränkt werden, wenn solche Gelöbnisse abgehalten werden. Nur so kann die gesellschaftliche Diskussion über die Rolle der Bundeswehr gleichberechtigt geführt werden.

Dass diese Diskussion geführt wird, erscheint notwendiger denn je. Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes hat der Bundestag den Auftrag der Bundeswehr bedenklich erweitert. Der Verteidigungsauftrag des Artikels 87a des Grundgesetzes wurde (nach Meinung des Verfassers dieser Zeilen: in unzulässiger Weise) ausgedehnt auf Auslandseinsätze: Einsatz der Bundesluftwaffe im Kosovokrieg 1999, Afghanistan, Piratenbekämpfung am Horn von Afrika.

Aber auch im Inneren kommt es immer häufiger zum Einsatz der Bundeswehr: so beim G-8-Gipfel in Heiligendamm und in Ausübung des Hausrechts während der NATO-Sicherheitskonferenz in München – obwohl das Grundgesetz den Einsatz von Streitkräften im Inneren ausschließlich im Verteidigungsfall und zur „Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes [...] wenn die Polizeikräfte sowie der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen“ vorsieht.

Vor diesem Hintergrund lässt sich die These, öffentliche Gelöbnisse dienen nicht zuletzt auch dazu, die Bevölkerung an das Auftreten der Bundeswehr und den Einsatz militärischer Mittel zu gewöhnen, nicht ohne weiteres von der Hand weisen.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben sich mit guten Gründen stets gegen Militarisierung eingesetzt. Nur wer die militärische Logik durchbricht, kann den Frieden erhalten. Ganz aktuell zeigt sich dies in Libyen: Dort bekämpft die Gaddafi-Regierung Aufständische mit Waffen, die zum Teil von eben den Staaten geliefert wurden, die nun in Libyen militärisch eingreifen.

Wer die Schritte, die zum Krieg führen, aufhalten will, muss Alternativen zur militärischen Logik entwickeln, bevor diese ihre Eigendynamik entfaltet.

Nicht zuletzt hierzu will diese Broschüre Denkanstöße geben.

Harald Pürzel

Vorsitzender ver.di Bezirk München

ver.di und das Gelöbnis auf dem Marienplatz

Eine Nachbetrachtung

Vorwort :

Ende Februar 2009 wurde öffentlich, dass auf Betreiben des Generalmajors Wessels am 30.07.2009 in München ein öffentliches Rekrutengelöbnis stattfinden sollte.

Kolleginnen und Kollegen aus ver.di - München, bewerteten dieses als einen Schritt hin zu dem Ziel, die Bevölkerung an das Auftreten der Bundeswehr im öffentlichen Raum und damit letztendlich an den Einsatz militärischer Mittel im In- und Ausland zu gewöhnen.

Deshalb beschloss ver.di - München eine kritische Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Um dieses Ziel zu erreichen, führte ver.di - München eine Reihe verschiedener Aktivitäten durch. Quer durch die Münchner Gesellschaft entwickelte sich eine starke Polarisierung zu diesem Thema. Während einerseits die Befürworter des Gelöbnisses die Aktionen massiv kritisierten und ver.di beschuldigten, den Soldaten in den Rücken zu fallen, gab es andererseits eine große Welle der Zustimmung durch prominente Persönlichkeiten, Gewerkschaftern/innen und aus der gesamten Öffentlichkeit.

In der sich dem Gelöbnis anschließenden Debatte, stellte ver.di – München klar, dass man sich nicht gegen die Soldaten der Bundeswehr positioniert hat, sondern sich die Kritik ausschließlich auf den politischen Einsatzrahmen der Armee bezieht.

In der folgenden Nachbetrachtung gehen wir nun auf die einzelnen gewerkschaftlichen Aktionen, ihre Wirkungen und das öffentliche Gelöbnis ein.

Wie alles begann:

Am 27. Februar 2009 vermeldete die Presse, dass Generalmajor Wessels ein öffentliches Rekrutengelöbnis am 31. Juli am Königsplatz veranstalten wolle.

Dieses Ansinnen lehnte der Münchener OB Christian Ude jedoch erst einmal ab. Er wollte es vermeiden, dass die Bundeswehr Gelöbnisse an historisch belasteten Plätzen, die von den Nationalsozialisten für öffentliche Gelöbnisse der SS und der Wehrmacht verwendet wurden, durchführt.

Allerdings betonte der OB im selben Atemzug, dass die Stadt die Durchführung öffentlicher Gelöbnisse per se befürworten und unterstützen werde.

Hinter den Kulissen begannen nun die Verhandlungen, wo das Gelöbnis stattfinden soll.

Man einigte sich letztendlich darauf, dass das Gelöbnis am 30.07. 2009 um 14:00 Uhr am Marienplatz mit 700 Rekruten stattfinden sollte. Führende Politiker wie Horst Seehofer und OB Christian Ude sagten ihre Teilnahme zu.

Forum “Rettet die Grundrechte - Gegen den Notstand der Republik“ thematisiert das öffentliche Gelöbnis in Verdi-München:

Die Verteidigung der demokratischen Grundrechte und der Kampf um Demokratie und Frieden ist einer der Arbeitsschwerpunkte des ver.di-Bezirks München.

Aus diesem Grund trafen sich Münchener Kolleginnen und Kollegen des ver.di-Bezirks München

zum Schulungsforum: „Rettet die Grundrechte - Gegen den Notstand der Republik“, um aktuelle Entwicklungen zum Thema Demokratieabbau und zur Militarisierung unserer Gesellschaft zu diskutieren.

Hierbei wurde auch das geplante öffentliche Gelöbnis intensiv behandelt. Die Anwesenden waren sich einig, dass es sich beim geplanten Gelöbnis um einen Versuch handelt, die Bevölkerung an das Bild des Soldaten in der Öffentlichkeit zu gewöhnen und somit unterschwellig um Zustimmung zu militärischen Einsätzen im In- und Ausland zu werben. Das Gelöbnis ist, so die Meinung der Anwesenden, ein Baustein hin zu einer immer stärkeren Militarisierung unserer Gesellschaft.

Die Kampagne beginnt:

Das Thema wird an den Bezirksvorstand München herangetragen. Dieser beschließt einen offenen Brief. Die Verbreitung des Briefes erfolgt über Mails, Schwarze Bretter und Verteilaktionen in den Betrieben, auf Versammlungen und im öffentlichen Raum.

Zudem werden Protestpostkarten verteilt, die viele Kollegen und Kolleginnen im Rathaus abgeben. Auch erhält ver.di zahlreiche Stellungnahmen, in denen sich Einzelpersonen gegen das Gelöbnis am Marienplatz aussprechen.

Die Parteien positionieren sich im Vorfeld des Gelöbnisses im Stadtrat:

Die Reaktionen der Münchener Stadtratsfraktionen zum Gelöbnis sind gespalten und entladen sich am 24.06.2009 in einer Vollversammlung des Stadtrates zu diesem Thema.

Die FDP ihrerseits beantragt, dass der Stadtrat das Gelöbnis ohne Wenn und Aber begrüßen solle, während die Partei die Linke das öffentliche Gelöbnis ablehnt und einen diesbezüglichen Antrag stellt.

Im Stadtrat entbrennt nun eine lautstarke Auseinandersetzung. Während FDP, CSU, SPD und die eine Hälfte der Grünenfraktion das Gelöbnis am Marienplatz unterstützten, positionieren sich die Linkspartei, die andere Hälfte der Grünenfraktion, die Bayernpartei und die ÖDP gegen das Gelöbnis am Marienplatz.

Exemplarisch für die Argumente der Gelöbnisgegner hier die Argumentationslinie der Rede von Sigi Benker (Stadtrat die Grünen).

Zuerst stellte S. Benker klar, dass seine Kritik am Gelöbnis keine Kritik an einzelnen Rekruten sei, sondern vielmehr eine Kritik an den Einsätzen, am derzeitigen Agieren der Bundeswehr und an ihrem politischen Auftreten sei.

Er führte aus, dass die Rekruten in seinen Augen politisch missbraucht würden, um das Auftreten der Bundeswehr im öffentlichen Raum zu legitimieren. Ferner machte er deutlich, dass es spätestens seit der Wiedervereinigung keinen politischen Konsens mehr über die Rolle der Bundeswehr geben würde. Seiner Meinung nach liegt der Zweck eines öffentlichen Gelöbnisses darin, diesen politischen Konsens zu konstruieren oder sogar zu erzwingen. Das öffentliche Gelöbnis sei in seinen Augen ein Versuch der Bundeswehr, dem Ja zu dieser Veranstaltung ein Ja zu den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland sowie im Inneren, wie beispielweise beim G8-Gipfel in Heiligendamm, folgen zu lassen.

Bemerkenswert war das Verhalten des Oberbürgermeisters in dieser Diskussion, welcher sich einer inhaltlichen Diskussion über die Bundeswehr und ihren Einsatzrahmen an dieser Stelle leider entzog und keinerlei politische Absicht der Bundeswehr mit dem Gelöbnis erkannte oder erkennen wollte. (Quelle: Studienreihe „Feierliches Gelöbnis“-Militarismus auf dem Münchener Marienplatz).

ver di

Offener Brief

ver di

zum öffentlichen Rekrutengelöbnis am 30. Juli 2009 auf dem Münchner Marienplatz

Am 30. Juli soll auf Betreiben des Generalmajors Wessels auf dem Münchener Marienplatz ein öffentliches Rekrutengelöbnis stattfinden. Wie die Süddeutsche Zeitung vom 25. Juni 2009 berichtet, hat der Stadtrat mehrheitlich eine Entschließung verabschiedet, mit der er die Entscheidung des Oberbürgermeisters, der Bundeswehr für das Rekrutengelöbnis am 30. Juli den Marienplatz zur Verfügung zu stellen, ausdrücklich begrüßt. Anders als die Stadtratsmehrheit begrüßt der Bezirk München der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft diese Entscheidung nicht. Wir befürchten zudem, dass es bei diesem einen Gelöbnis wohl nicht bleiben wird, sondern dass damit der Startschuss für weitere öffentliche Gelöbnisse in München gegeben wird.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat sich stets für Frieden und Demokratie und gegen die Militarisierung der Gesellschaft eingesetzt. Wir beobachten mit Sorge, dass der Einsatz militärischer Mittel mehr und mehr zur Normalität wird. Obwohl das Grundgesetz den Einsatz der Bundeswehr ausschließlich zur Territorialverteidigung und – unter genau definierten Bedingungen – zur Unterstützung der Polizei bei der Bekämpfung militärisch bewaffneter Aufständischer zulässt, wird das Mandat der Bundeswehr Schritt um Schritt darüber hinaus ausgeweitet: Auslandseinsätze wie in Afghanistan und Einsätze im Inneren wie während des G-8-Gipfels in Heiligendamm oder die Ausübung des Hausrechts bei der sog. „Sicherheitskonferenz“ im Hotel „Bayerischer Hof“ durch die Bundeswehr sind Beispiele hierfür.

ver.di München betrachtet öffentliche Gelöbnisse als einen Schritt hin zu dem Ziel, die Bevölkerung an das Auftreten der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und letztlich an den Einsatz militärischer Mittel zu gewöhnen. Zudem ist bekannt, dass öffentliche Gelöbnisse regelmäßig zur Einschränkung der demokratischen Rechte derjenigen führen, die gegen eine solche öffentliche Inszenierung des Militärischen protestieren.

ver.di München hat deswegen beschlossen, eine kritische Öffentlichkeit herzustellen.
Wir wenden uns an Alle, uns dabei zu unterstützen!

ver.di München, beschlossen vom Bezirksvorstand am 1. Juli 2009

Eine Presseerklärung führt zum Eklat:

Am 29.07.2009, gibt ver.di - München eine Presseerklärung zum Gelöbnis an die Medienvertreter heraus. Hier stellt ver.di - München noch einmal seine inhaltliche Position zum Gelöbnis dar und weist zudem auf den Infostand am nächsten Tag hin.

Die Reaktion der Gelöbnisbefürworter auf diese Pressemitteilung lässt nicht lange auf sich warten und ist von einer bis dahin nicht gekannten Schärfe gekennzeichnet. So spricht Siegfried Schneider, seines Zeichens Staatskanzleichef, gegenüber dem Münchener Merkur von einem Skandal. Auch der Chef der CSU-Fraktion im Stadtrat, Josef Schmid, attackiert ver.di aufs Schärfste. Wortwörtlich sagt er gegenüber dem Münchener Merkur:

Offensichtlich entwickelt sich ver.di - München zur Speerspitze der Linkspartei, die mit ihren populistisch - pazifistischen Vorstellungen bereits den Boden des Grundgesetzes verlassen hat.

Weitere prominente Politiker, wie Innenminister Joachim Hermann (**der am 30.07.2009 im Anschluss an das Gelöbnis zum Major der Reserve befördert wird**), Franz Maget und OB Christian Ude verteidigen ebenso das Gelöbnis.

Der Tag des Öffentlichen Gelöbnisses

Verdi München hat sich zum Ziel gesetzt eine kritische Gegenöffentlichkeit zum Gelöbnis herzustellen. Aus diesem Grund veranstaltet man am 30.07.2009 eine Informationsaktion am Richard-Strauss-Brunnen - in unmittelbarer Nähe zum Marienplatz. Als Blickfänger dient hierbei ein 12 Meter langes Transparent mit einer Mahnung Kurt Tucholskys aus dem Jahre 1927: „**Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg!**“

Herzstück bildet zudem ein Infotisch, mit ver.di - Broschüren zum Thema Bundeswehreinsatz im Inneren, sowie diverses Infomaterial zum Gelöbnis. Zudem gibt es eine „Speakers-Corner.“ Hier können Gelöbnisgegner ihren Standpunkt erläutern.



Medieninformation

Zur freien Auswertung durch Presse,
Rundfunk und Fernsehen

Nr.68/2009
München, 29. Juli 2009



Bezirk
München

Öffentliches Gelöbnis löst bei vielen Unbehagen aus

Auch ver.di unterstützt das breite Bündnis gegen das Gelöbnis

ver.di München spricht sich gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis am 30. Juli am Marienplatz aus. "Während der Bundeswehreinsatz in Afghanistan immer offensichtlicher zum Kriegseinsatz wird, versuchen die Militärverantwortlichen, die schwindende Zustimmung in der Bevölkerung durch solche öffentlichen Gelöbnisse zu übertünchen", erklärte Bezirksgeschäftsführer Heinrich Birner.

Auf Betreiben von Generalmajor Wessels und Innenminister Herrmann hat sich die Stadt München in das öffentliche Gelöbnis drängen lassen, das nun bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Unbehagen auslöst. Dazu gehören Bürgermeister a.D. Klaus Hahnzog, Reiner Uthoff, Michael Verhoeven, der Militärgeschichtler Detlef Bald, aber auch Stimmen außerhalb Münchens wie z.B. der ehemalige Innenminister von NRW, Burkhard Hirsch. Interessant ist die Stellungnahme von Ecco Meineke, die mit dem Satz endet: "Weg mit dem Spuk. Was wir brauchen ist eine Abwrackprämie für Panzer und das Geld für Eurofighter wäre bei den Erzieherinnen besser aufgehoben."

ver.di München hat sich deswegen bereits in den letzten Wochen mit einem offenen Brief an alle Stadträte und an die Öffentlichkeit gewandt. Auch am 30. Juli selbst wird ver.di unweit des Geschehens mit einer Informations-Aktion zu einer kritischen Gegenöffentlichkeit beitragen. Ein 12 Meter langes Transparent wird die wieder aktuelle Mahnung von Kurt Tucholsky tragen:

"Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg"
Kurt Tucholsky 1927

Die Informationsaktion findet statt

am 30. Juli, 11 bis 16 Uhr
Fußgängerzone/Richard-Strauß-Brunnen

Für Fotoberichterstattung geeignet!

Weitere Informationen

Hedwig Krimmer
Tel. +49(160)90759167

Eine Veröffentlichung der
Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft **ver.di**
Bezirksverwaltung München
Schwanthalerstr. 64
80336 München

Presserechtlich verantwortlich:
Heinrich Birner

E-Mail:
heinrich.birner@verdi.de

Internet:
www.verdi.de
www.ver.di-muenchen.de



Besonders die Rede von Dr. Klaus Hahnzog, Bürgermeister a.D., begeisterte die Zuschauer, zu denen unter anderen dermacher Konstantin er gehörte. Für den musikalischen Rahmen der Veranstaltung sorgte der Rote Wecker. Die Reaktionen der Passanten/innen waren gespalten und reichten von offenem Hass bis hin zur vollen Unterstützung.

Das Gelöbnis - Wie die Polizei kritischen Protest verhinderte!

Die Strategie der Polizei war es, keinen Protest beim Gelöbnis zuzulassen. Um dieses Ziel zu erreichen bediente sie sich einer Vielzahl von Maßnahmen, von denen hier nur die wichtigsten genannt sein sollen.

Die Einschüchterung der Gelöbnisgegner begann schon im Vorfeld der Veranstaltung. Neben der schier Masse an Polizeikräften (1300 Polizisten), wirkten die mehrfach geäußerten Ankündigungen der Polizei in der Presse, gegen Protest vorzugehen, abschreckend auf potentielle Gelöbnisgegner.

Vor Ort verhinderten Zugangssperren den freien Zugang der Bevölkerung zum Marienplatz. Der Zugang zum Marienplatz war so versperrt, dass die Polizei einzelne Zugangskontrollen durchführen konnte und der Marienplatz quasi zum militärischen Sperrgebiet wurde. Weiter erfolgten im großen Umfang Weg-Beschlagnahme von Flugblättern und Plakaten.

Zu guter letzt wurden Menschen, die während des öffentlichen Gelöbnisses piffen oder in anderer Form ihren Unmut äußerten einfach des Platzes verwiesen. Wenn es sein musste auch mit brachialer Gewalt. So wurde einem Gelöbnisgegner das Handgelenk gebrochen. Nichts durfte die perfekte Inszenierung der Bundeswehr stören.

Zur rechtlichen Bewertung empfehlen wir den Artikel der Bayerischen Verfassungsrichterin und Rechtsanwältin Angelika Lex in der Studienreihe „Feierliches Gelöbnis“-Militarismus am Marienplatz.

Angelika Lex kritisiert in diesem Artikel massiv das polizeiliche Vorgehen. Wörtlich sagt sie: *„Man muss deutlich machen, dass sie (die Polizei) nicht als politische Polizei auftreten kann, die ihre Aufgabe darin sieht, legalen und rechtmäßigen Protest zu unterbinden.“*

Fazit:

So kontrovers die Aktionen rund um das Gelöbnis auch durch die Öffentlichkeit aufgenommen worden sind: Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen uns dem Thema Frieden nach Innen und Außen stellen. Diese Frage dürfen wir nicht Menschen überlassen, die am Krieg verdienen.

Ingrid Greif (FB 3), Ewald Homey (FB 13), David Merck (FB 10)

Ablauf des (öffentlichen) Gelöbnisses

Aus: „Militärriptide“ von Markus Euskirchen

Das Rekrutengelöbnis der Bundeswehr bildet für alle wehrpflichtigen Soldaten den Abschluss der mehrwöchigen Grundausbildung. 1956 mit der Gründung der Bundeswehr eingeführt, soll das Gelöbnis für die wehrpflichtigen Soldaten - im Vergleich zum Treueeid der Zeit- und Berufssoldaten – eine weniger verpflichtende Form der Indienstnahme darstellen, eine Art „feierliches Versprechen“. Es bildet das zentrale militärische Initiationsritual der Bundeswehr.

Der Ablauf der Veranstaltung ist strikt formalisiert. Eine einfache Aufzählung der Programmpunkte bietet nur eine erste Annäherung an die scheinbare Eindimensionalität der formalisierten Durchführung:

- Einmarsch der Ehrenformation mit den Truppenfahnen
- Meldung an den ranghöchsten Offizier
- Abschreiten der Front durch den ranghöchsten Offizier und den jeweiligen Ehrengast aus der Politik
- Vortreten der Fahnenabordnungen
- Politikerreden: Minister, Gast, oft auch hoher Militärvertreter des Standortes
- Vortreten der Rekrutenabordnungen
- Feierliches Gelöbnis / gemeinsames Sprechen der Gelöbnisformel
- Nationalhymne
- Feststellung der erfolgten Durchführung
- Zurücktreten der Rekrutenabordnungen und der Truppenfahnen
- Meldung: Ende des Gelöbnisses
- Ausmarsch der Ehrenformation
- Abrücken der Rekruten

.....

Formal entscheidet also der Standortkommandant, wie er die regelmäßig mit dem Ende der Grundausbildung seiner Rekruten fälligen Gelöbnisveranstaltungen durchführt. Allerdings kann auf dem informellen Dienstweg aus dem BMVg heraus dafür gesorgt werden, dass örtliche Standortkommandos die Möglichkeit einer Gelöbniszeremonie auf zentralen öffentlichen Plätzen ernsthaft in ihre Planungen miteinbeziehen. Die Durchführung eines feierlichen Gelöbnisses außerhalb der Kaserne folgt dabei einer politischen Entscheidung und ist somit Ausdruck politischer Interessen. Um ein Gelöbnis außerhalb der Kaserne durchführen zu können, beantragt der zuständige Standortkommandant bei der kommunalen Verwaltung eine Sondernutzungserlaubnis und erhält mit der Genehmigung das Hausrecht für den entsprechenden Termin auf dem entsprechenden Gelände. Formal ist der Vorgang also der gleiche, wie wenn das „Team Telekom“ seine Radfahrer auf dem Berliner Schlossplatz empfangen will und hierfür die notwendigen Genehmigungen einholt. Mit der Sondernutzungserlaubnis hat die Bundeswehr dann jedoch darüber hinaus die Möglichkeit, das Gelände zum militärischen Sicherheitsbereich zu erklären, und dadurch die Feldjäger als eigene Polizeieinheiten zur Absicherung ihrer Veranstaltung einzusetzen. Der ehemals zivile öffentliche Raum hat jetzt formal und verwaltungstechnisch den Status wie ein Kasernengelände. Üblicherweise findet während der Veranstaltung eine Arbeitsteilung zwischen Polizei und Feldjägern statt. Die Polizei sorgt für die Absperrung und sichert nach außen – die Feldjäger der Bundeswehr besetzen den

Innenraum. Im Extremfall lässt das Hausrecht in Verbindung mit einer Absperrung so auch zu, nur ausgewählten Personen Zugang zur jeweiligen Veranstaltung zu gewähren.

....

Gerade der Anspruch auf Öffentlichkeit, der seitens der Bundeswehr formuliert wird, ist in diesem Zusammenhang mehr als fragwürdig: Dass bei Gelöbnissen innerhalb von Kasernen nur eine äußerst restringierte Form von Öffentlichkeit hergestellt wird, ist offensichtlich. Doch auch im Hinblick auf die Gelöbnisse im öffentlichen Raum ist die Verwendung des Begriffs der „Öffentlichkeit“ zu kritisieren. So waren etwa bei den sieben sogenannten öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr in Berlin seit 1996 zentrale Grundvoraussetzungen von Öffentlichkeit nicht erfüllt – sie sind vielmehr bewusst verhindert worden. Mit großem Polizeiaufwand wurden jeweils die gesamten Umgebungen weiträumig abgesperrt. Nach dem Eklat 1999 – Demonstrierende hatten nackt die Feierlichkeiten unterbrochen – wurden 2000 die Besucher und Teilnehmer aus der Kaserne in einen anderen Stadtteil per Bustransfer zur von der Polizei, Bundesgrenzschutz (BGS) und Feldjägern hermetisch abriegelten Veranstaltung gebracht.



Öffentliches Gelöbnis, München, 6. November 1980 auf dem Königsplatz

Warum geloben die Rekruten nicht wie die Beamten und Staatsbediensteten auf das Grundgesetz?

aus: „Militärriuale“ von Markus Euskirchen

Die Bundeswehrrekruten geloben, der
**„Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und
Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen „:**

Der Gehorsamsadressat der Eidesformel ist die Bundesrepublik Deutschland. Warum, so gilt es zu fragen, fiel die Formulierung „ Ich gelobe, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zu wahren“ in den Beratungen (!) 1956 über Bord? Vierzig Jahre später hätte die Bundeswehrbeteiligung am Kosovokrieg bei einer Vereidigung auf die Verfassung so nicht stattfinden können, verbietet das GG doch im Art. 26 / 1 die Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen. Offensichtlich fehlte den Mehrheiten im Bundestag schon 1956 die Sensibilität für die Mechanismen militärischer Gehorsamserzeugung. Nur wenn der ausdrückliche Gehorsamsadressat hinreichend abstrakt, unbestimmt und diffus ist, gelingt durch die Gelöbnisveranstaltung die Gehorsamsverpflichtung auf den jeweiligen militärischen Vorgesetzten bzw. die Befehlsinstanz.

Verteidigungsgüter sind “Recht und Freiheit des deutschen Volkes“: Das Vaterland schied ebenfalls 1956 aus (allerdings eher aufgrund taktischer Erwägungen: Dresden, Stettin und Saarbrücken hätten ja erst erobert werden müssen, um sie verteidigen zu können). So wurde neben dem fehlenden Verfassungsbezug die deutsch-völkische Konnotation zum zweiten „Geburtsfehler“ des Bundeswehrgelöbnisses. Dieser Zusammenhang, in dem die „ Verteidigung“ als Aufgabenstellung, verdeutlicht nebenbei, dass es sich hier eben nicht um den grundgesetzlichen Begriff der Territorialverteidigung handelt. Einem solch unbestimmten Verteidigungsbegriff widerspricht also durchaus nicht die Verteidigung Deutscher im Ausland („Operation Libelle“) oder die Verteidigung Deutscher vor Ausländern (nämlich Flüchtlingen).

Ergänzung der Redaktion:

Rekruten, die das Gelöbnis nicht ableisten, werden nicht vom einfachen Soldaten z. B: zum Gefreiten, Obergefreiten oder Hauptgefreiten befördert und bekommen für den Rest ihrer Wehrpflicht weniger Sold. Alle Zeitsoldaten und Freiwillige müssen die Gelöbnisformel schwören und sich seit einigen Jahren auch zu Auslandseinsätzen bereit erklären.

Stellungnahmen

gegen das öffentliche Gelöbnis in München Juli 2009

Der Vorstand des Regionalverbandes München-Südbayern der Humanistischen Union hat große Bedenken gegen das öffentliche Gelöbnis am 30. Juli auf dem Marienplatz. Er schließt sich der Stellungnahme von Dr. Klaus Hahnzog an.

*i.A. Wolfgang Killinger
HUMANISTISCHE UNION e.V. Regionalverband München-Südbayern
Die Bürgerrechtsorganisation*

Militärische Inszenierungen wie öffentliche Gelöbnisse entfernen sich von dem bisherigen Leitbild des „Bürgers in Uniform“ und haben ihren legitimeren Platz in Bayreuth auf dem Hügel oder am Hindukusch, wo zur Zeit unsere Freiheit verteidigt wird. Unsere Freiheit war schon immer ziemlich weit von uns entfernt.

München, den 26. Juli 2009

Reiner Uthoff, Kabarettist und Autor, Münchner Rationaltheater

Stellungnahme

Kriege haben noch nie Frieden gebracht - auch mit Sicherheit nicht der Afghanistan-Krieg, bei dem Bundeswehr-Soldaten seit Jahren "unsere Freiheit am Hindukusch" verteidigen. Dass der anfangs sicherlich gut gemeinte durchaus humanitär akzentuierte Militäreinsatz mit starken Marlboro-light-Abenteuer-Elementen immer blutiger, und zwar nicht nur für die unschuldigen Zivilisten, sondern für unsere Soldaten wird, kann eigentlich nicht wirklich verwundern.

Verwundern kann nur eine von vorne herein völlig aussichtslose Strategie, ein weitgehend noch unwegsames Gebirgsland mit sehr unterschiedlichen Stämmen von der doppelten Größe Deutschlands mit noch nicht einmal 60.000 Soldaten mit primär militärischen Mitteln befrieden zu wollen (zur Erinnerung: das haben in Vietnam bekanntlich noch nicht einmal 500.000 Soldaten geschafft).

Verwundern kann weiterhin nur, dass wir offenkundig immer tiefer in einen Konflikt hineingezogen werden, in dem es bisher vor allem gelungen ist, inzwischen die große Bevölkerungsmehrheit wegen der immer weiter wachsenden Zahl ziviler Opfer als Folge von angeblich "punktgenauen Luftschlägen" gegen alle ausländischen und damit auch gegen die deutschen Soldaten aufzubringen, die nicht mehr als Befreier, sondern als Besatzer, die vertrieben und getötet werden müssen, angesehen werden.

Im Übrigen sollte ein Blick in die Bergpredigt, in der das extrem herausfordernde Gebot der Feindesliebe einen hohen Stellenwert hat, und in das glücklicherweise immer noch für uns als oberste Rechtsnorm existierende Grundgesetz, in dem Angriffskriege verboten und die Bundeswehr in erster Linie zur Verteidigung der Landesgrenzen konzipiert gewesen ist, die unter jeden Blickpunkt fragwürdige Militarisierung unserer Gesellschaft im Äußeren und im Inneren radikal kritisch beleuchten.

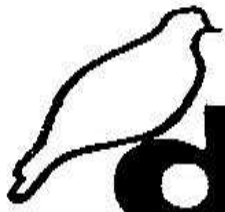
In dieser Situation kann es nur als eine Provokation der leider sehr fragilen Zivilgesellschaft angesehen werden, dass inzwischen auch in München, der Hauptstadt der Bewegung eine militärische Gelöbniszereemonie im Herzen der Stadt am 30. Juli um 14.00 Uhr stattfinden soll.

Wir sehen dies als ein völlig falsches Signal an und werden in jedem Fall zum x-ten Mal unser Transparent hochhalten, auf dem unser chronisch aktueller Text "Keine Sicherheit ohne Gerechtigkeit: Jeder Krieg ist ein Verbrechen" zu lesen sein wird. Wir haben in einer unserer letzten Info-Mails auf das erschütternde Missverhältnis zwischen militärischen und zivilen Ausgaben hingewiesen, ein deutliches Zeichen dafür, wie krank unsere Gesellschaft und wie wenig krankheitseinsichtig unsere Gesellschaft geworden ist.

Wir können diese Prozesse nur mit großer Wachsamkeit wahrnehmen und ihnen mit entschlossenem Widerstand begegnen - und erinnern uns gerne an unser hoch geschätztes, vor nunmehr 15 Jahren verstorbenes Ehren-Mitglied Robert Jungk, der einen Vortrag bei uns unter das Motto stellte "Widerstand macht gesund!".

München, 25. Juli 2009

Bernhard Fricke, Vorsitzender David gegen Goliath e.V.



Arbeitskreis

DARMSTÄDTER SIGNAL

Swisttal/München, den 18.7.2008

P R E S S E M I T T E I L U N G

Die öffentliche Gelöbnis-„Demo“ am 20. Juli vor dem Berliner Reichstag soll den Kriegseinsatz übertönen!

Ein Strategiewechsel für Afghanistan ist längst überfällig.

Seit mehreren Jahren fordern die im Arbeitskreis DARMSTÄDTER SIGNAL (Ak DS) zusammengeschlossenen aktiven und ehemaligen Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr, statt demonstrativer Militärauftritte endlich eine öffentliche Diskussion über ein schlüssiges Gesamtkonzept für den Wiederaufbau Afghanistans zu führen. Tornadojets, die 250-Mann-Eingreif-Kampftruppe (ORF) sowie der geplante Einsatz von zusätzlich 1000 Soldatinnen und Soldaten und demnächst auch die fliegenden AWACS-Aufklärungs-/Kampfführungssysteme schaffen keinen Frieden in Afghanistan! Im Gegenteil, wir schlittern mit offenen Augen immer tiefer in einen immer blutiger werdenden Abnutzungskrieg, den wir schon jetzt verloren haben!

Nur ein sofortiger radikaler Strategiewechsel bietet die letzte Chance für den Aufbau menschlicher Lebensverhältnisse für die afghanische Bevölkerung. D.h., mehr zivile Hilfen bereitzustellen und gezielter einzusetzen, die Zusammenarbeit internationaler, nationalstaatlicher Stellen und die der zivilen Hilfsorganisationen zu verbessern, die Afghanen an allen Entscheidungen zu beteiligen, so weit möglich - die Taliban „in's Boot“ zu holen, ordentliche Gerichte sowie die Polizei und Sicherheitskräfte schneller aufzubauen, ein Drogenabbauprogramm umzusetzen; Strategiewechsel heißt auch, die fremden Truppen, die zunehmend als „Besatzer“ betrachtet werden, schrittweise abziehen.

Die Militär-Show am 20. Juli vor dem Reichstag fördert keine mutigen Friedensgedanken zutage, sondern soll mit schönen Sonntags-Reden zum „Aufstand des Gewissens“ und zu Recht und Freiheit das Kampfgeschehen in Afghanistan übertönen“, so Oberstleutnant a.D. Helmuth Prieß, Sprecher des Ak DS.

Minister Franz-Josef Jung bereitet den Soldatinnen und Soldaten eine gefährliche Laufbahn: Zuerst befiehlt er sie zu einer Gelöbnis-„Demo“ vor den Berliner Reichstag, dann, 2., verschiebt er sie (mit 92 Euro Kriegssold pro Tag) auf dem Köln-Bonner Flughafen in den bereits jetzt verlorenen Abnutzungskrieg in Afghanistan, danach verteilt er an die Helden Tapferkeitsorden und zu guter letzt legt er für die „gefallenen“ Kameraden am „Ehrenmal“ im Bendlerblock einen Kranz nieder. Alles natürlich in würdiger Form und vor laufenden Kameras!

Das alles kostet Herrn Minister Franz-Josef Jung nichts - viele Soldaten kostet es das Leben!

Vorstand

Oberstleutnant a.D. Helmuth Prieß (Sprecher)
Quellenstr.80, 53913 Swisttal
Tel.: 02254/1745; Fax: 02254/82 469
(HelmuthPriess@Darmstaedter-Signal.de)

Hauptfeldwebel Christiane Ernst-Zettl
Pickelstraße 9, 80637 München
Tel.: (089) 35 89 18 50
(ChristianeErnst@Darmstaedter-Signal.de)

Oberstleutnant Dipl.Päd. Jürgen Rose
Rockefeller Str. 48 a, 80937 München
Tel/Fax: 089 370 655 49
(JuergenRose@Darmstaedter-Signal.de)

Stellungnahmen – Fortsetzung – Stellungnahmen

München, 22. Juli 2009

Ich stimme Ihnen zu und bin dagegen, dass am 30. Juli auf dem Münchner Marienplatz ein öffentliches Rekrutengelöbnis durchgeführt werden soll.

Hier kurz einige meiner Argumente, die sich den Ihren fast angleichen:

" Die öffentlichkeitswirksame Einschwörung der Rekruten auf die Kriegsbereitschaft ist für mich ein Zeichen wachsender Militarisierung in unserem Land. In München soll damit eine Militärpräsenz, der Militärgeist und die Einschüchterung der Opposition demonstriert werden.

Es wäre wichtig, dass viele Bürger ihrer Ablehnung dazu Ausdruck verleihen. Wir müssen ein Zeichen setzen gegen das Sterben der Soldaten und den wachsenden Kampfeinsätzen ((Verteidigungsminister Jung nennt den Kampfeinsatz "Krieg"), jetzt Afghanistan und was kommt dann? Die Soldaten werden zu Instrumenten für eine verhängnisvolle Politik benutzt. Ist es nicht eine Grundgesetzwidrigkeit, wenn sich Deutschland "im Krieg" befindet? Da heißt es doch Verteidigung nur zum Zwecke des Landes. Welches Interesse hat Deutschland wirklich an Einsätzen in Afghanistan?

Die Afghanen sollten das Recht haben ihre Zukunft selbst zu bestimmen ohne fremde Mächte. Es wächst in Afghanistan eine ganz andere Generation heran, die nicht in die Dialoge, sofern man sich darum bemüht, einbezogen werden. Es gibt andere Mittel als militärische Einsätze wie die Unterstützung ziviler Projekte und Unterstützung der örtlichen Sicherheitskräfte - und Soldaten waren noch nie gute Botschafter für die Demokratie.

Warum die Vereidigung gerade in München, in der "friedensbewegten" Stadt und nicht irgendwo in der Provinz? Für mich ist das eine Provokation der Opposition und der Antikriegsbewegung. Sich gegen die öffentliche Vereidigung zu stellen, bedeutet für die Einzelnen mehr Kontrolle und Überwachung, also einen Abbau unserer Grundrechte".

Mit freundlichen Grüßen

*Ute Armanski
Mitglied Internationaler Press Club München
Journalisten helfen Journalisten e.V.
ver.di, Fachbereich Medien*

München, 21. Juli 2009

Ich finde es außerordentlich begrüßenswert, dass ver.di München sich des Problems der öffentlichen Rekrutengelöbnisse annimmt. In den Gelöbnissen wird die Staatsmacht ansichtig, die sich selbst in Szene setzt - vor der und gegen die Gesellschaft. Politik hat ein neues Profil; das Vorzeichen der Sicherheit ist trügerisch, ja irreführend. Fakt ist, der Begriff der "erweiterten Sicherheit" orientiert die Einsätze der Bundeswehr nach innen und außen, global international als auch lokal national: Das Gelöbnis ist ihr Symbol.

Die Militarisierung der Außenpolitik wird von einer Militarisierung der Innenpolitik flankiert, die an Verhältnisse erinnern lässt, die es zuletzt im Preußen-Deutschland des Kaiserreiches gab. Ein weites Feld staatlicher Omnipotenz wird bereitet, dessen uferlose Einsatzoptionen dem Belagerungszustand des 19. Jahrhunderts ähneln. Diese Zeit wird allgemein als Militarismus bezeichnet.

Es ist ein wichtiges Zeichen, wenn Gewerkschaften sich ihrer Verantwortung für Frieden und Demokratie stellen und Kraft in die Schaffung einer kritischen Gegenöffentlichkeit investieren.

Detlef Bald, Militärgeschichtler

Aufruf der Kölner Initiative Schule ohne Bundeswehr

„Die Schule der Nation ist die Schule“

Aus aktuellem Anlass scheint uns geboten, auf diesen Grundsatz in Willy Brandts erster Regierungserklärung zurückzukommen. Er setzt sich damit von der altbekannten Formel „Armee als Schule der Nation“ entschieden ab und fordert die

„Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanenten Lernprozess die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu verhalten.“

Wir erinnern daran, weil die Bundeswehr von Jahr zu Jahr breiter angelegte Reklamefeldzüge veranstaltet, um Jugendliche, meist Minderjährige, für das Soldatenhandwerk zu gewinnen. So sollen in diesem Jahr 40 Städte vom so genannten „Karriere-Treff“ der Bundeswehr angesteuert werden. Damit ganze Klassen das mobile Werbe-Event besuchen, werden Schulen angeschrieben,

2008 mehr als 1.700 Mal, doppelt so oft wie 2007. Für 2009 sind 599 Einsätze bei Jugend-Freizeit- und Bildungsmessen vorgesehen. Außerdem sind Arbeitsämter und Berufsberatung direkt an Schulen Ziel der Jugendoffiziere und so genannten Wehrdienstberater.

Vielleicht gravierender als diese sichtbaren Auftritte sind Versuche, durch Einflussnahme auf den Unterricht frühzeitig motivierte Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen. Dem dienen Lehrerfortbildungen, vorgefertigte Unterrichtseinheiten, Freizeitangebote mit Abenteuerflair oder auch Seminare

mit dem Strategiespiel POL&IS. Dies alles soll die Jugendlichen in die Denkweise global agierender Militärpolitik einführen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat durch einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr diesen Werbefeldzügen in Richtung Schule Tür und Tor geöffnet.

Im Kern all dieser Anstrengungen stehen Inhalte, die in der Gesellschaft höchst umstritten und oftmals mehrheitlich nicht akzeptiert sind. Zum Beispiel lehnen über 60% der Bundesbürger und –bürgerinnen den Militäreinsatz in Afghanistan ab, bei der Entsendung der Tornado-Kampfflugzeuge waren es sogar 77 Prozent.

Da zum Krieg entschlossene Regierungen nicht davor zurückschrecken, die Zustimmung von Bevölkerung und Verbündeten mit erfundenen Behauptungen zu erreichen, ist ein Unterricht, der die SchülerInnen zum kritischen Hinterfragen, zum Verarbeiten vielseitiger Information befähigt, gerade in dieser Frage, welche Rolle das Militär in der Gesellschaft spielt und spielen soll, unverzichtbar.

Terrorismus und dessen Bekämpfung sind durchaus wichtige Unterrichtsthemen. Dabei müssen allerdings wirtschaftliche und politische Ursachen ebenso beleuchtet werden wie die verheerenden Auswirkungen sowohl des Terrorismus als auch dessen militärischer Bekämpfung für die Zivilbevölkerung, aber auch für die Soldaten. Untersucht werden muss, ob militärische Einsätze überhaupt geeignet sind, Terrorismus sowie die ihm u.a. zugrundeliegenden globalen Verteilungs- und Armutprobleme zu lösen. Ihnen müssen Lösungsansätze einer zivilen Friedenspolitik entgegengesetzt werden. Einsichten können die Schüler nur dann gewinnen, wenn die Interessenslage aller an den Konflikten Beteiligten offen gelegt wird. Dies gilt auch für die Strategiepapiere der Militärs. Die Bedeutung von Dämonisierung anderer Völker und Religionen sowie die Produktion von Feindbildern müsste in diesem Zusammenhang tiefgehend im Unterricht erarbeitet werden. Erst wer über das ganze Problemfeld nachgedacht hat, wird als junger Erwachsener eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen können.

Die potentiellen Soldatinnen und Soldaten, die sich einer zunehmend unsicheren sozialen Zukunft

ausgesetzt sehen, werden mit Werbeversprechungen von guter Ausbildung, guter Bezahlung bei sicherem „Arbeitsplatz“ umworben. Es geht dabei aber buchstäblich um Leben und Tod. Sie müssen bereit sein, auf Befehl Menschen zu töten, das ist ihr Beruf. Das Berufsrisiko ist, getötet zu werden. Lehrerinnen und Lehrer sind aufgefordert, ihrer Verantwortung für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden, indem sie sie zu Menschen erziehen, die verantwortungsvolle und wohlinformierte Entscheidungen für ihre eigene Zukunft treffen können und nicht einer Werbekampagne zum Opfer fallen, die sie in ein tödliches Abenteuer leiten kann. Dies wird Lehrerinnen und Lehrern besonders vor dem historischen Hintergrund abverlangt, dass Schule bei der Vorbereitung beider von Deutschland verschuldeter Weltkriege eine unrühmliche Rolle gespielt hat, indem sie die Bereitschaft propagierte, für Kaiser oder Führer und Vaterland zu sterben. Die Erfahrungen beider Weltkriege verlangen es, sich mit friedenspolitischen Strategien und der Demagogie bei der Vorbereitung von Kriegen auseinander zu setzen. Deshalb wehren wir uns gegen die zweckgeleitete Beeinflussung von Jugendlichen durch die Bundeswehr. Das Militär hat an Schulen, Arbeitsämtern, Bildungsmessen nichts zu suchen. Es darf keine Werbeanstrengungen, offen oder verdeckt, an den Schulen geben, keine Unterrichtseinheiten, die Schüler auf angebliche Sachzwänge orientieren statt eine gründliche Problemanalyse zu erarbeiten, keine Freizeiten, die mit Abenteuergeist und Technikfaszination ein geschöntes Bild vom Leben als Soldat vorspiegeln.

Wir schließen uns der Forderung an: Schule ohne Bundeswehr:

Eva Aras, Lehrerin; **Hanno Becker**, Lehrer IGS Paffrath; **Jürgen Becker**, Kabarettist; **Malle Bensch-Humbach**, Lehrerin i.R.; **Christine Biermann**, Lehrerin; **Brigitte Bilz**, Lehrerin; **Dr. Fritz Bilz**, Historiker; **Beate Bongard**, Lehrerin; **Renate Bonow**, Lehrerin; **Dr. Manuel Bremer**, Lehrer, Humboldt-Gymnasium; **Andreas Bremm**, St.R., IGS Paffrath; **Prof. Dr. Wolf-Dietrich Bukow**, Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften, Universität Köln; **Prof. Dr. Christoph Butterwegge**, Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften, Universität Köln; **Monika Domke**, Lehrerin, AK Bildung und Erziehung attac Köln; **Myrle Dziak-Mahler**, StR i.H. am Historischen Seminar 1 der Universität Köln; **Bernhard Fedler**, Lehrer Berufskolleg Elberfeld; **Johanna Gesthuysen**, Bezirkschülervertretung; **Max Gesthuysen**, SV-Schüler GS Rodenkirchen; **Ana-Laura Geusen**, SV-Schülerin GS Rodenkirchen; **Beate Gröschel**, Lehrerin; **Felix v. Hatzfeld**, Lehrer; **Dr. Gerda Heck**, wiss. Mitarbeiterin am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften, Universität Köln; **Hanna Jaskolski**, Lehrerin i.R., Kölner Friedensforum; **Helmut Jaskolski**, Lehrer i.R.; **Ulrich Jürstel**, SV-Lehrer GS Rodenkirchen; **Anette Karpp**, Studentin; **Michael Kellner**, Lehrer i.R.; **Klaus der Geiger**, Musiker; **Dr. Anne Klein**, wiss. Mitarbeiterin am „school-is-open“-Projekt, Universität Köln; **Konrad Klesse**, Lehrer; **Christoph Konkulewski**, Lehrer, IGS Paffrath; **Manfred Krüger**, Lehrer; **Maria Läßle-Steiniger**, Lehrerin GS Paffrath; **Dr. Bettina Lösch**, wiss. Assistentin für Politikwissenschaft u. politische Bildung an der Universität Köln; **Gabriele Metzner**, Lehrerin; **Hans Mörtter**, Pfarrer; **Alfons Müller**, Gesellschaft f. berufliche Bildung Solingen; **Bernd Müller**, Lehrer IGS Paffrath; **Susan Müller-Williams**, Lehrerin IGS Paffrath; **Heinz Lehbruck**, Lehrer; **Florian Neumann**, SV-Lehrer GS Rodenkirchen; **Heinrich Pacht**, Kabarettist; **Oswald Pannes**, Dipl. Päd. i.R., **Dr. Birgit Palzkill**, Lehrerin; **Wolfgang Rieger**, OStR; **Wilfried Schmickler**, Kabarettist; **Christine Schmidt**, Lehrerin; **Klaus Schmidt**, Berufsschulpfarrer i.R. und Historiker; **Magdalena Schmidt**, Lehrerin i.R.; **Reiner Schmidt**, OStR. i.R., Initiative Bundeswehr wegtreten; **Martin Schneider**, SV-Schüler GS Rodenkirchen; **Guido Schöniand**, Lehrer, junge GEW Köln; **Dorothea Scholemann**, SV-Lehrerin, Gesamtschule Rodenkirchen; **[REDACTED]** *Lehrerin, Nell-Breuning Berufskolleg Frechen; **Rudolf v. Schorlemer**, StR. GS Lverkusen; **Roland Schüller**, pädagogischer Mitarbeiter Friedensbildungswerk Köln; **Werner Sohn**, Lehrer, Katharina-Hehnoth-GS; **Klaus Stein**, Lehrer; **Kai Streier**, StR.; **Martin Stankowski**, Historiker und Journalist; **Doc. Dr. Ugur Tekin**, Forschungsstelle für interkulturelle Studien, Universität Köln; **Johannes Voigtländer**, Berufsschulpfarrer; **Günter Wallraff**, Schriftsteller; **Christian Welke**, Lehrer i.R., vormalig Lise-Meitner Gesamtschule Porz; **Roger Willemsen**, Autor; **Gülşen Yikilims**, Lehrerin.

Name Adresse Beruf Unterschrift

Verbreitet von der „Kölner Initiative Schule ohne Bundeswehr“, c/o Friedensbildungswerk Köln, Obenmarspforten 7-11, 50677 Köln. Unterschriebene Listen bitte an diese Adresse zurücksenden.
ViSP: Elvira Högemann, c/o Obenmarspforten 7-11, 50677 Köln

* Die vollständige Liste der Unterzeichner_innen findet sich unter:
<http://friedensforum-koeln.nelkonzept.de/pages/form.php>
http://www.frieden-achim-schmitz.de/download/schule_ohne_bw.pdf

Stellungnahmen – Fortsetzung – Stellungnahmen-

Die „Salonfähigmachung“ der deutschen Armee ist angesichts der deutschen Geschichte grundsätzlich problematisch. Schlimm und geschmacklos wird dieses Vorhaben dann, wenn es zeitlich mit einem völkerrechtswidrigen Krieg, an dem sich diese Streitkräfte in steigendem Maß beteiligen, zusammentrifft.

Der Politikbetrieb in Deutschland – mit Ausnahme der „Linken“ - bemüht sich momentan durch Gelöbnisse in Großstädten und Verleihung von Tapferkeitsmedaillen an Soldaten, für diesen von fast 70% der Bevölkerung abgelehnten Krieg zu werben.

Dabei argumentieren sie gebetsmühlenartig - von Angela Merkel über Franz Steinmeier bis zum Josef Joffe und Stefan Kornelius - wie folgt:

- Wir können unsere Alliierten nicht im Stich lassen (Loyalität!)
- Wir helfen den Afghanen (Entwicklungshilfe!)
- Wir schützen uns hier zu Lande vor dem Terror (Innere Sicherheit!)

Nichts von den Argumentationssträngen ist zutreffend. Viel mehr geht es hier ausschließlich um: Schutz und Sicherung von Rohstoffen und ihren Transportwegen.

Deshalb protestiere ich gegen das Gelöbnis auf dem Marienplatz.

Mit kollegialem Gruß

München, 11. Juli 2009

Magdi Gohary (Vorsitzender Bezirksfachbereich 9 München)

"Mir fällt beim besten Willen nichts ein, was am Militär Sinn macht. Alles, was Sinn macht, könnte ein Zivilist auch und wäre wohl gern gesehen. Und was der Zivilist nicht darf, darf er zu Recht nicht: Töten.

Warum sollte man die Ausnahme von dieser Regel gutheißen?

Gar feierlich mit Eidesformeln, Pomp und Pimper-Pathos beschwören? Weg mit dem Spuk. Was wir brauchen, ist eine Abwrackprämie für Panzer und das Geld für Eurofighter wäre bei den Erzieherinnen besser aufgehoben."

München, 10. Juli 2009

Ecco Meineke (Mitglied des Lach- und Schieß-Ensembles)

Wählermeinungen

Das Rekrutengelöbnis auf dem Münchner Marienplatz am 30. Juli ist für uns ein Akt provozierender Propaganda. Ein ziviler Raum wird militarisiert. Wir beklagen, dass der Oberbürgermeister, den auch wir gewählt haben, sich dem militärischen Druck unterworfen hat. Er müsste wissen und er weiß es wohl auch, dass seine Wähler der Bundeswehr zunehmend kritisch gegenüberstehen. Nach neuesten Umfragen (ARD) haben fast 80% aller Deutschen den Einsatz in Afghanistan verurteilt. Das Spektakel auf dem Marienplatz dürfte wohl kaum geeignet sein, die Bundeswehr und ihren Kriegseinsatz populärer zu machen.

München, 4. Juli 2009

Hans Stempel (geb. 1924), Martin Ripkens (geb. 1934)

Ein öffentliches Gelöbnis ist eine bittere Erinnerung an dunkle Zeiten unserer Geschichte.

Die Entwicklung der Bundeswehr in Richtung Sachlichkeit, Vernunft und Demokratie ist zu begrüßen.

Dieser Entwicklung entgegen steht das überflüssige "Brimborium" eines öffentlichen Gelöbnisses.

Es steht in einer zurückgewandten Tradition, die üble Assoziationen weckt.

Wo gibt es denn in anderen demokratischen Institutionen ein öffentliches Gelöbnis?

Den Hippokratischen Eid schwören die Medizinstudenten nicht auf dem Marienplatz, sondern in der Uni.

Also ab mit dem Gelöbnis, wenn es denn unbedingt stattfinden muss, - in die Kaserne.

München, 6. Juli 2009

*Michael Verhoeven, Regisseur, München
Dr. med.; Hauptmann der Reserve*

Stellungnahmen – Fortsetzung – Stellungnahmen

München, 6. Juli 2009

Ich unterstütze die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit und teile Ihre Ablehnung der fortschreitenden Militarisierung. Für meinen Film "Camilo"- der lange Weg zum Ungehorsam" hatte ich unter den Podiumsteilnehmern der anschließenden Diskussion Kontakt mit dem Vorstand des Arbeitskreises DARMSTÄDTER SIGNAL- dem Kulturforum der SPD UND DEM AMERICAN PEACE COMMITTEE. Ihnen habe ich Ihre Benachrichtigung weitergeleitet in der Hoffnung , dass sie Ihre Position auch teilen werden.

Mit freundlichen Grüßen Ihr

Peter Lilienthal

In Zeiten, in denen junge Menschen unseres Landes in höchst fragwürdigen Kriegseinsätzen sterben, Öffentliche Gelöbnisse mit Tschingderassabumm und Fahne abzuhalten, ist derart geschmacklos, dass es einem die Sprache verschlägt.

Seit unter Verteidigungsminister Hans Apel 1980 diese öffentliche Form des Militärschauspiels unseligen Angedenkens wieder eingeführt wurde, blieb zurecht umstritten, wozu das Ganze eigentlich dienen soll. Zur Akzeptanz der Bundeswehr in der Bevölkerung tragen die wilhelminischen Rituale nicht bei, sonst müssten dabei nicht Soldaten von Polizisten geschützt werden. Man kann nur wünschen, dass die Rekruten das, was sie in einem vorgestrigen Zeremoniell bei Marschmusik geloben, niemals mit der Waffe in der Hand werden einlösen müssen.

München, 4. Juli 2009

Gert Heidenreich, Schriftsteller

Gegen das öffentliche Gelöbnis am 30. Juli auf dem Marienplatz habe ich große Bedenken. Die Bundeswehr als solche akzeptiere ich, wenn Sie ihre Rolle im Rahmen des Grundgesetzes wahrnimmt. Ein solches Gelöbnis auf dem zentralen Platz Münchens überhöht in unserer Demokratie aber die Bedeutung und den Stellenwert für unsere Gesellschaft. Eine solche Inszenierung diskriminiert auch diejenigen, die aus guten Gründen den in jeder Beziehung völlig gleichwertigen Ersatzdienst leisten und die, die sich freiwillig etwa in den Feuerwehren, Rettungs- oder anderen sozialen Diensten bei uns und in der ganzen Welt engagieren.

In schlechter Erinnerung ist mir ein öffentliches Gelöbnis vor vielen Jahren auf dem Königsplatz, bei dem Franz-Josef Strauß mitwirkte. Als damaliger Kreisverwaltungsreferent war ich sehr früh an Ort und Stelle und erlebte bei der Einsatzleitung der Polizei deren riesigen, bedrohlich wirkenden Einsatz mit. Helme, Schutzschilder und Schlagstöcke beherrschten das äußere Bild, auch wenn sie nicht zum Einsatz kamen. Schon viele Stunden vor dem offiziellen Beginn begannen die Beobachtungen und Meldungen von weit entfernten Straßen und Plätzen.

Das Gelöbnis mit seiner demonstrativen Darstellung in der Öffentlichkeit wird auch darauf hinwirken, den Boden für einen nicht akzeptablen Einsatz der Bundeswehr im Inland unter Einsatz militärischer Mittel zu bereiten. Heiligendamm hat da ja schon sehr bedenkliche Situationen gezeigt.

Mit einem solchen Signal auf dem Marienplatz tun sich die Bundeswehr und die Stadt München nichts Gutes an.

München, 20. Juni 2009

*Dr. Klaus Hahnzog
Bürgermeister a.D.*

Und viele weitere!
**Eine vollständige Dokumentation kann
bei ver.di München angefordert werden.**



Bistumsstelle_Trier
Danzigerstr.48, 54516 Wittlich
14.10.2009

Militarisierung an den bundesdeutschen Schulen oder die Bundeswehr macht Schule

Das Militär wird gesellschaftlich immer gegenwärtiger. Besonders deutlich wird dieser Trend in der Präsenz der Bundeswehr an den Schulen:

Im Jahre 2007 haben 94 hauptamtliche und 300 nebenamtliche Jugendoffiziere in mehr als 8000 Veranstaltungen an Schulen ca. 173 000 Schüler über die Ziele der Bundeswehr ‚informiert‘. Die Schüler hatten Gelegenheit, in einem Planspiel eine Sitzung des NATO-Rates zu simulieren oder in einem Simulationsspiel POL&IS die Drohung mit Atomwaffen spielerisch zu erfahren. Deutschland und Japan stehen vor dem Exitus, weil es keine Rohstoffe mehr gibt. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums soll den Schülern ‚spielerisch‘ vermittelt werden, „warum Staaten Konflikte austragen“ und „warum Ressourcenknappheit einen Staat ruinieren kann“. Die spielerische Erfahrung der Notwendigkeit von Militäreinsätzen (Rolle des Militärs) wird vielfach ergänzt durch Besichtigungen von militärischen Einrichtungen und hochmodernem Kriegsgerät. Was verschleiern ‚Information‘ genannt wird, steht nicht im Dienst einer kritischen Auseinandersetzung mit den komplexen Fragen von Gerechtigkeit und Frieden. ‚Spielerisch‘ und ‚handlungsorientiert‘ sucht die Bundeswehr einen Zugang zu den Herzen und Köpfen junger Menschen. Dabei geht es um Legitimation von Krieg und Militarisierung. Es soll die Bereitschaft junger Menschen gefördert werden, mit ihrem Leben auf den Schlachtfeldern zur Verfügung zu stehen.

In einigen Bundesländern gibt es inzwischen Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien, die den regelmäßigen Besuch der Jugendoffiziere regeln; diese – die Jugendoffiziere - sind in der Aus- und Fortbildung der Lehrer und Referendare eingebunden. Der Angriff des Militärs auf die Schulen ist die Spitze des Eisberges einer schleichenden Militarisierung der deutschen Gesellschaft. Ein Meilenstein war dabei die Änderung der militärischen Zielsetzung: Es geht nicht mehr um Landes-, sondern um Interessenverteidigung. Dies wird in der Nato-Doktrin und in den Verteidigungspolitischen Richtlinien deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Interessen reichen dann von der ‚Sicherheit‘ des Zugriffs auf Rohstoffe und des sog. Freien Welt Handels, über militärische Einsätze gegen MigrantInnen bis hin zur Durchsetzung geostrategischer Interessen. Entsprechend wird die Bundeswehr zur Interventions- bzw. – grundgesetzwidrig – zur Angriffsarmee umgerüstet. Vor diesem Hintergrund sind die Rollenspiele um Rohstoffe kein Zufall, sondern Ausdruck der Entschlossenheit, wirtschaftliche und politische Ziele aggressiv durchzusetzen. Im Kern geht es darum, die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen ‚Weltordnung‘ zu sichern, die an den verschiedensten Krisen auf dem Globus zu zerbrechen droht, weil sie nicht dazu in der Lage ist, das Leben der Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern, sondern diese zunehmend zerstört. Das Militär wird zur sichtbaren Faust für die ‚unsichtbare Hand‘ des Marktes, die den Globus in die Krise und immer mehr Menschen in die Katastrophe treibt.

Vor diesem Hintergrund sind die Prozesse der Militarisierung der Gesellschaft zu verstehen. Sie zielen darauf ab, der Bundeswehr für die neue Rolle Legitimation und Akzeptanz zu verschaffen. Der weltweite Einsatz der Bundeswehr wurde in kleinen Schritten – gleichsam in Salamtaktik – einer Öffentlichkeit akzeptabel gemacht, in der die Erinnerung, dass von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe, noch lebendig war. Von Aktivitäten am Oderbruch, über humanitäre Einsätze in Kambodscha, von der Unterstützung im Krieg auf dem Balkan, über die ‚Operationen‘ in Somalia bis zu den „stabilisierenden Aktionen in Afghanistan“ (Verteidigungsminister Jung) führt der Weg konsequent in die Normalität einer Bundeswehr, die sich – vom Verteidigungsminister und der offiziellen Propaganda geleugnet – weltweit im Kriegseinsatz befindet.

pax christi wendet sich gegen die Militarisierung der Gesellschaft, von der die Militarisierung der Schulen ‚nur‘ die Spitze des Eisberges ist. Außer in den Schulen macht sich das Militär in zivilen Lebensbereichen wie in Ausbildungsstellen, bei der ARGE und dem Arbeitsamt, bei Arbeitgebern und Verbänden etc. präsent. Es präsentiert sich dabei als „zuverlässiger Partner und Garant“ deutscher Interessen. Umso leichter ist es dann, das Militär auch ‚zivil‘, d.h. im Innern aktionsfähig zu machen: So kamen gesetzwidrig beim G-8-Gipfel 2008 in Heiligendamm Tornados zum Einsatz und der Bundesinnenminister fordert immer wieder offensiv den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

In ihrem Bemühen, Kriegseinsätze akzeptabel zu machen, steht die Bundeswehr in einer mehr als zweifelhaften Tradition. Mit der Ausbildung von Jugendoffizieren – schon 1958 - auf Betreiben des damaligen Generalinspektors Adolf Heusinger - war das erklärte Ziel verbunden, den Widerstand breiter Kreise der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung durch „eine intensive Öffentlichkeitsarbeit auszuhebeln“. Heusinger, der Hitler bereits 1923 als einen „von Gott gesendeten Mann“ bezeichnet hatte, war an den Vorbereitungen sämtlicher militärischer Aggressionshandlungen des Naziregimes beteiligt. Mit ihren Aktivitäten zur Militarisierung der Gesellschaft führt die Bundeswehr die von Heusinger 1958 reaktivierte Tradition fort: Militarismus als Strukturelement der preußischen und preußisch-deutschen Geschichte (Wette). Da ist es kein Zufall, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem Faschismus und der Rolle des Militärs kaum noch stattfindet. Zur ‚Normalität‘ einer kriegführenden Bundeswehr gehört auch die ‚Normalität‘ des Vergessens und Verdrängens der deutschen Geschichte des Faschismus.

„Militarisierung“ - so der Jesuit Georg Michael Pachtler - „bedeutet die Beanspruchung aller lebenden und toten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck: Den Krieg.“ Und „Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg.“ (Kurt Tucholsky)

Deswegen wendet sich Pax Christi gegen die Militarisierung der Gesellschaft und die Omnipräsenz des Militärs im gesellschaftlichen Alltag. Besonders hellhörig müsste der Griff der Bundeswehr nach den Schulen machen. Vom Bildungsauftrag her müsste die Schule ein Ort der Aufklärung sein. Schülerinnen und Schüler sollen lernen, im Interesse von Emanzipation von ihrer Vernunft Gebrauch zu machen. Das aber schließt kritisches Nachdenken über die Ursachen von Konflikten, ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, ethische Orientierungen etc. an. Dieser umfassende Auftrag wird ins Gegenteil verkehrt, wenn die Schule zu einem Ort der Legitimation des Militärs durch Propaganda verkommt. Der englische Historiker Arnold Toynbee konstatiert: „Wer vom Krieg als letztem Mittel schwafelt, will von friedlichen Mittel ablenken:“

Vorstand pax christi im Bistum Trier, 12.10.2009

»Uns geht es um einen neutralen Unterricht«

Der Bayerische Elternverband wehrt sich dagegen, dass die Bundeswehr in Schulen um Nachwuchs wirbt. Ein Gespräch mit Maria Lampl

Michael Schulze von Glaßer

Maria Lampl ist Landesvorsitzende des Bayerischen Elternverbands e.V.

Der Bayerische Elternverband hat sich mit einer Petition an den Landtag in München gewandt, in der unter anderem gefordert wird, dass Schülerinnen und Schüler Veranstaltungen der Bundeswehr an ihrer Schule »aus Gewissensgründen« fernbleiben dürfen. Werden die Jugendlichen momentan gezwungen, daran teilzunehmen?

Auch bei Bundeswehr-Besuchen im Rahmen des Schulunterrichts besteht grundsätzlich Anwesenheitspflicht für Schüler. Wir wehren uns dagegen, dass das Militär im Unterricht junge Männer anwerben könnte, auch wenn es das offiziell natürlich nicht darf. Wie in sieben weiteren Bundesländern gibt es mittlerweile auch in Bayern ein Kooperationsabkommen zwischen dem Kultusministerium und der Bundeswehr. Schulen können die Jugendoffiziere für den Unterricht in politischer Bildung einladen, aber wir fürchten, dass die Versuchung, daraus eine Werbeveranstaltung zu machen, groß ist. Die Bundeswehr braucht schließlich dringend Nachwuchs, zumal die Wehrpflicht ausgesetzt ist und keine Zwangsrekruten mehr nachkommen.

In der Petition fordern Sie auch, dass die Entscheidung über eine Einladung von Vertretern der Bundeswehr in die Zuständigkeit des Schulforums gehört. Was ist damit gemeint?

Momentan läuft es so, dass Jugendoffiziere einzelne Lehrer oder die Schulleitungen anschreiben und sich als Referenten für sicherheitspolitische Themen anbieten. Die Einladung spricht dann der Schulleiter aus. Wir plädieren dafür, daß das Schulforum darüber entscheidet, ob eine Veranstaltung mit der Bundeswehr stattfindet. Im Schulforum sitzen Vertreter der Lehrer, der Schüler und der Eltern. Der Schulleiter hat hier nur eine von neun Stimmen.

Ist es denn nicht legitim, dass in Schulen – auch mit Hilfe der Bundeswehr – über Sicherheitspolitik informiert wird?

Die Jugendoffiziere sollen das Thema Sicherheitspolitik offiziell von allen Seiten beleuchten und nicht nur die militärische Sicht darstellen – es ist aber zweifelhaft, ob das geschieht. Bei nur einseitiger Beeinflussung verstößt die Bundeswehr an Schulen gegen den sogenannten »Beutelsbacher Konsens«, gegen die Minimalbedingungen für die politische Bildung in Deutschland. Dass die Militärs wirklich alle Arten von Sicherheitspolitik darstellen, müßten die Lehrer kontrollieren.

Es stellt sich allerdings die Frage, mit welchem Recht die Bundeswehr einen Kooperationsvertrag hat – und Friedensgruppen nicht. Es ist wichtig, dass auch die Friedensbewegung Zugang zu Schulen bekommt. Das Schulforum könnte dafür sorgen, dass sie eingeladen wird. Zu bedenken ist aber, dass die Jugendoffiziere hauptamtlich angestellt sind und geschult werden – Friedensgruppen hingegen müssen sich allein finanzieren. Selbst wenn deren Aktivisten in die Schulen kämen und dem Jugendoffizier Paroli böten, würde mit ungleichen Waffen gekämpft.

Was empfehlen Sie Eltern, die erfahren, dass ein Jugendoffizier der Bundeswehr in die Klasse ihrer Kinder kommen soll?

Sie sollten den Besuch kritisch hinterfragen und überlegen, ob sie wirklich möchten, dass ein Jugendoffizier Einfluss auf ihr Kind nimmt. Wir möchten den Schülerinnen und Schülern die Verantwortung übertragen – sie sollen selbst entscheiden, ob sie bei einem Bundeswehr-Einsatz in ihrer Klasse anwesend sein möchten oder nicht.

Was passiert nun mit der Petition? Wie stehen die Chancen auf Annahme der Forderungen?

Wenn die Petition angenommen ist, wird im Bildungsausschuss des Landtags darüber beraten. Der Ausschuss macht dann einen Vorschlag, was mit der Petition geschehen soll. Im günstigsten Fall leitet er sie zur Abstimmung an das Landtagsplenum weiter. Dies wird aber einige Zeit dauern. Ob die Petition angenommen wird, ist schwer zu sagen. Immerhin lehnen wir den Einsatz von Jugendoffizieren im politischen Unterricht nicht gänzlich ab. Uns geht es nur darum, einen neutralen und kritischen Unterricht herzustellen und gleichzeitig die Schüler entscheiden zu lassen, ob sie daran teilnehmen wollen.

Den Artikel finden Sie unter: <http://www.jungewelt.de/2011/02-19/052.php> (c) Junge Welt 2011 <http://www.jungewelt.de>

Beschluss des DGB-Bundesjugendkongress

19./21. 11. 2009

Gegen Krieg, Militarisierung und Demokratieabbau

C 045 – beschlossen von dem 18. Ordentlichen DGB-Bundesjugendkongress 19/21.11.2009

Die Gewerkschaftsjugend spricht sich gegen Krieg, Kriegsvorbereitung und Abbau von Demokratie aus. Darunter fallen insbesondere folgende Punkte:

1. Die DGB-Jugend setzt sich für Frieden und Abrüstung ein. In Anbetracht der Geschichte des letzten Jahrhunderts, in dem auf die Weltwirtschaftskrisen von 1905 bis 1908 und von 1928 bis 1932 jeweils ein Weltkrieg folgte, verstärkt die DGB-Jugend gerade jetzt in der aktuellen Weltwirtschaftskrise ihr Engagement gegen Krieg, als Lösung der sich in der Krise verschärfenden Kämpfe um Märkte und Einflussphären. Im Sinne der internationalen Solidarität verurteilt sie, dass Kollegen auf Kollegen schießen und andere daran verdienen.
2. Die DGB-Jugend spricht sich gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inland aus. Mit Ausnahme im tatsächlichen Katastrophenfall. Gegen eine Grundgesetzänderung, die das ermöglicht und genauso gegen die derzeitige Handhabung des Grundgesetzes, bei der die Bundeswehr unter dem Vorwand der Amtshilfe oder durch die Übertragung des Hausrechts für öffentliche Plätze schon jetzt im Inland eingesetzt wird. In der Geschichte dieses Landes wurde die Armee auch genutzt, um gegen Streiks im Inland vorzugehen, diese Geschichte darf sich nicht wiederholen.
3. Die DGB-Jugend spricht sich gegen die Militarisierung der Gesellschaft aus, insbesondere der Kinder und Jugendlichen. Sie verurteilt, dass Kinder, angefangen bei Militärspielzeug bis hin zu militärischen Freizeitcamps an das Kriegshandwerk herangeführt werden. Sie verurteilt, dass Jugendlichen das Soldaten/-innen-Dasein als ganz normaler Beruf vermittelt wird und die Bundeswehr in Schulen, Ausbildungsbetrieben, Hochschulen und Arbeitsämtern als Lehrkraft, Ausbilder/-in und Berufsberater/-in auftritt. Insbesondere lehnt sie Kooperationen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien, wie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ab, durch die Unterrichtsstunden und Lehrerfortbildungen durch die Bundeswehr zur Pflicht werden. Genauso vehement spricht sie sich dagegen aus, dass das Kriegsspiel Pol&Is zum Ausbildungsplan in Betrieben und scheinpflichtigen Seminaren an Hochschulen geworden ist. Nicht zuletzt verurteilt sie die regelmäßigen Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr in Arbeitsämtern sowie die feste Einrichtung von Rekrutierungsbüros in Arbeitsämtern. Die DGB-Jugend ruft zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf.
4. Die DGB-Jugend verurteilt die Militarisierung des Katastrophenschutzes durch die Einrichtung sogenannter Verbindungskommandos aus Reservisten der Bundeswehr, die in allen Katastrophenschutzstäben auf Kreis-, Regions- und Bezirksebene sitzen und zur ständigen Beratung der Regierenden Büros in den Rathäusern eingerichtet werden. Zusammen mit den Landeskommandos auf Ebene der Bundesländer und den vier Wehrbereichskommandos, besetzt mit aktiven Soldaten, wurde so ein flächendeckendes Netz des Militärs für den Einsatz der Bundeswehr im Inland geschaffen, durch das die Bundeswehr auch Zugriff auf sämtliche zivile Hilfsorganisationen und deren Mitglieder erhalten hat.
5. Die DGB-Jugend verurteilt die zunehmende Zusammenarbeit von Polizeien und Geheimdiensten, z. B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum. Diese Zusammenarbeit widerspricht dem aus der Erfahrung mit der faschistischen Gestapo verhängten Trennungsgebot. Das schließt auch die Ausweitung der Befugnisse von Polizeien, insbesondere des BKA und der Bundespolizei auf geheimdienstliche Ermittlungsverfahren ein.
6. Die DGB-Jugend verurteilt die Einschränkung von Grundrechten, wie z. B. die Versammlungsfreiheit durch die Föderalismusreform und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis durch das aktuelle BKA-Gesetz.
7. Die DGB-Jugend und der DGB werden zu diesem Thema aufklären und Informationsmaterialien herausgeben sowie Veranstaltungen und ggf. Seminare durchführen.

Militaristische Einflüsse bekämpfen!

Antrag verabschiedet von

ver.di Landesfachbereichskonferenz FB 10 Postdienste Speditionen Logistik

ver.di Landesfachbereichskonferenz 12 Handel –

ver.di Landesfachbereichskonferenz 13 Besondere Dienste

Zur Weiterleitung an den Bundeskongress

ver.di Bezirksfachbereichskonferenz München FB 8, FB 10, FB 12, FB 13

ver.di München Bezirkskonferenz

zur Weiterleitung an die Landesbezirkskonferenz

Militaristische Einflüsse bekämpfen!

In der Satzung von ver.di ist festgehalten:

„... ver.di tritt in Zusammenarbeit mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben, für den Schutz der natürlichen Umwelt und für eine sozial gerechte Weltordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung mit gleichen Entwicklungschancen in allen Regionen der Welt ein.

3. zur Erreichung dieser Ziele dienen insbesondere

- i) *Auseinandersetzung und Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und rassistischen Einflüssen“*

Die Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von militaristischen Einflüssen umfasst aktuell u.a.

- Die Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von Werbung der Bundeswehr an Schulen für den Militärdienst , von Übernahme von Unterrichtseinheiten durch die Bundeswehr und Unterrichtstagen durch das unter Leitung der Bundeswehr durchgeführte „Spiel“ Pol&IS
- Die Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr in den Arbeitsämtern
- Die Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von öffentlichen Bundeswehrauftritten bei zivilen Veranstaltungen wie z.B. Messen
- Die Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von öffentlichen militaristischen Ritualen, wie z.B. Rekrutengelöbnisse und große Zapfenstreiche
- Die Auseinandersetzung und Bekämpfung der Militarisierung der Hochschulen und anderen Ausbildungsstätten sowie Betrieben

Begründung:

Die nicht abschließend aufgezählten Formen des wachsenden Einflusses der Bundeswehr stehen im Zusammenhang mit den verstärkten Bundeswehreinsätzen nach außen insbesondere in Afghanistan. Sie dienen der direkten Rekrutierung von Soldaten sowie der Gewöhnung an das Militärische als normales Mittel der Durchsetzung deutscher Interessen.

Zur Verdeutlichung folgende Zahlen aus dem Jahr 2009:

- Sog. „Karrieretreffs“ in 40 Städten und fast 100 Tagen
- Öffentliche Werbe- und Rekrutierungs- Auftritte auf 51 Messen an fast 400 Tagen von der „Grünen Woche“ im Januar bis zur „Heim+Handwerk“ im Dezember
- 539 Einsätze des „Zentrums für Nachwuchsgewinnung“ bei Berufsmessen, Schul- und Sportfesten und anderen zivilen Gelegenheiten
- 1346 Auftritte der Bundeswehrmusikkorps außerhalb militärischer Liegenschaften sowohl bei militärischen als auch bei zivilen Gelegenheiten
- 148 „feierliche Gelöbnisse“ im öffentlichen Raum, der in aller Regel als kritikfreier Raum behandelt wurde und 39 mal zum militärischen Sperrbezirk erklärt wurde
- 12 „große Zapfenstriche“ und 46 andere öffentliche militärische Rituale
- 4415 Einsätze von Jugendoffizieren und 12.648 Einsätze von Wehrdienstberatern an den Schulen
- Die Posten „Nachwuchswerbung“ im Haushalt des Bundes ist auf 27 Millionen Euro angestiegen, eine Verdreifachung gegenüber 2002

Die Bundeswehrauftritte an den Schulen dienen nicht der Werbung für zivile Ausbildungsplätze, sondern der direkten Rekrutierung für die Armee. Öffentliche Rekrutengelöbnisse dienen nicht der Demokratisierung der Armee, sondern der Durchsetzung öffentlicher Nicht-Diskutierbarkeit von Militärlogik. Das Spiel „Po&Lis“ dient nicht der Friedenserziehung, sondern soll den Krieg als mögliches Mittel verankern. Die Rekrutierungsbemühungen der Bundeswehr in den Arbeitsämtern dienen nicht der Vermittlung von qualifizierten zivilen Arbeitsplätzen, sondern der Rekrutierung für den Militärdienst. Die Militarisierung der Hochschulen dient nicht der Wissenschaft, sondern der Zurdienststellung der Wissenschaft für das Militär.

Mit dieser Einschätzung stehen wir im Einklang mit

- Dem Darmstädter Signal
- Terres des Hommes
- Pax Christi
- praktisch allen Organisationen der Friedensbewegung
- der DGB Jugend (Beschluss des DGB-Jugendkongresses 2009)

und vielen anderen.



Kooperationsvereinbarung
zwischen dem
Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus
und dem
Wehrbereichskommando IV - Süddeutschland - der Bundeswehr

I

Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen.

Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maße einer Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik.

II

Vor diesem Hintergrund schließen wir diese Kooperationsvereinbarung. Wir wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, um Schulen und Lehrkräfte zu unterstützen, die mit ihren Schülerinnen und Schülern sicherheitspolitische Fragestellungen bearbeiten. Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein. Die Schülerinnen und Schüler sollen so befähigt und motiviert werden, die Möglichkeiten der Friedenssicherung zu erörtern. Hierbei werden alle allgemein bildende Schulen der Sekundarbereiche I und II und die beruflichen Schulen einbezogen. Jugendoffiziere werben nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr.

Auf dieser Grundlage vereinbaren wir:

- eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Bayerischen Verfassung, des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes und der kultusministeriellen Bekanntmachung „Lehrerfortbildung in Bayern“ vom 09.08.2002.

- die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie in die Fortbildung von Lehrkräften.
- die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Ministeriums und seiner nachgeordneten Behörden bei Fort- und Weiterbildungen im Rahmen von Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr und von Besuchen ihrer Einrichtungen.
- die Veröffentlichung von Bildungsangeboten der Jugendoffiziere, insbesondere im Amtsblatt des Staatsministeriums, in der Fortbildungsdatenbank „FIBS - Fortbildung in bayerischen Schulen“ und in den Onlinemedien des Staatsministeriums und des Wehrbereichskommandos IV.
- ein jährliches Gespräch der Jugendoffiziere mit zuständigen Vertretern des Staatsministeriums, der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP), des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) und der regionalen Lehrerfortbildung bezüglich der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung.
- jeweils zum Schuljahresende einen schriftlichen Bericht der Jugendoffiziere an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus über die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung.

In die Kooperation werden der nachgeordnete Bereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus und der unterstellte Bereich des Wehrbereichskommandos IV einbezogen. Die Beteiligten sind sich bewusst, dass die Schulen in eigener Zuständigkeit über die Ausgestaltung der Umsetzung der Vereinbarung entscheiden.

München, den

Dr. Ludwig Spaenle, MdL
Bayerischer Staatsminister
für Unterricht und Kultus

Gert Wessels, Generalmajor
Befehlshaber
im Wehrbereich IV